Einzelpreis 40 Pfennig

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 3.70, vierteljährlich M. 11.—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 5.—, vierteljährlich M. 15.— im übrigen Ausland monatlich M. 7.—, vierteljährlich M. 20.—. Postscheckkonto München 11 346. — Geschäftsstelle: Thierschstraße 15. — Fernruf 20 647 — Geschäftszeit 8½—4½ Uhr, Samstag 8½—12½ Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 2.—, für München M. 1.50 mit entsprech. Nachl. Reklamezeile M. 8.— Finanzanzeigen netto M. 1.50. Familienanzeigen M. 1.20, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 1.—. Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf: 20 647. — Drahtanschrift: Beobachter München
Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 10—12 Uhr vormittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 89 — **München (Mittwoch), den 23. November 1921** — **35. Jahrgang**

Bankrotterklärung der bayerischen Justiz

Difficile est satiram non scribere! Schwer ist's fürwahr, ernst zu bleiben. Und in der Tat, gegen das Schlemmergesetz, das Graf Lerchenfeld schaffen will, bleibt als einzige Waffe nur ein befreiendes Lachen und gesalzene Ironie; allerdings, hinter beiden hebt sich drohend die rauhe Faust vernichtender Kritik gegenüber — seien wir höflich — einer „Logik" und „Naivität", die der Dichter einst in einen Begriff zusammenfaßte und dabei die bis jetzt stets sich behauptende Wahrheit aufstellte, daß selbst Götter gegen die Inhaber dieses Begriffes vergeblich kämpfen! Zur Sache:

Nachdem „man" endlich zu merken anfängt, daß die Bevölkerung nicht mehr lange zusehen will, wie sie selbst in Not und Elend verkommt, während gewisse Schichten jüdischer und „christlicher" „Mitbürger" sich die Wänste vollschlagen, huren und saufen von dem Sündengeld, das sie aus der Not des Volkes herausgepreßt haben und noch weiter herauszuschinden denken. Damit die Geschundenen sich zufrieden geben sollen, macht man geschwind ein Gesetz, das so aussieht, als wollte man gegen das Unwesen und Verbrechen wirklich einmal wenigstens halb ernstlich vorgehen. Der größte Hornochse lacht über diesen Versuch und erst recht der Schieber! Das ist gerade, als wenn der Arzt behaupten wollte, dadurch, daß er einem Menschen mit einem ekelhaften Fraß mitten im Gesicht einen verdeckenden Verband anlegt, würde die fressende Eiterung heilen. Einstweilen zerstört die Krankheit unter der deckenden Hülle das ganze Gesicht und bald den ganzen Menschen. Bleiben wir schon beim medizinischen Beispiel! Hat ein Gaul die Räude, so weiß der Tierarzt und jeder halbwegs verständige Pferdehalter, daß es nicht genügt, bloß die abscheulichen Räudeborken zu entfernen, sondern er muß die in und unter die Haut eingedrungenen Räudemilben unschädlich machen; andernfalls vermehren sich die Milben, und bald ist der arme Halter über und über räudig, d. h. die Milben saugen ihm alles Blut ab bis zu seiner vollständigen Entkräftung, so zwar, daß ihn dann die beste Pflege und Fütterung nicht mehr hochbringen kann. Graf Lerchenfeld will nur die Räudeborken abkratzen, damit der Anblick nicht gar so traurig und ekelhaft ist; die Milben, die gefräßigen, schleichenden, tötet er nicht!! Das ist der ganze Knalleffekt des furchtbaren Schlemmergesetzes.

Als ob das Schiebergesindel darauf angewiesen wäre, offen in Gaststätten zu schlemmen, wo doch diese Blutegel trotz Wohnungsnot jeder seinen Palast bewohnt, wo er prassen, huren, schlemmen, saufen und protzen kann, wie es ihm paßt. Das Volk sieht es ja nicht und kann kein „Ärgernis" mehr nehmen. Ist das die ganze Staatskunst, Herr Graf? — Graf Lerchenfeld gibt in seiner Begründung des Gesetzes selber zu, daß es schwer ist, zu bestimmen, wer nun ein Schlemmer sei oder wer sich zum Geburtstag mit seinen Freunden und „Huldinnen" einige Flaschen älterer Jahrgänge hinter die Binde gießen will bei Austern und Trüffeln. Vermutlich werden gewisse „Herrschaften" in Zukunft sehr oft Geburtstag haben!

Aus der Begründung des Gesetzesvorschlages wollen wir uns einmal kurz folgende Sätze besehen:

„Während die Teuerung ständig wächst, die Not fortgesetzt weitere Volkskreise erfaßt, gibt es noch immer viele Leute, die, jeden sozialen Verständnisses bar, ihren vielfach nicht auf einwandfreie Weise erworbenen Reichtum dazu mißbrauchen, sich einem schrankenlosen Genußleben hinzugeben. Sie sind es neben den Schiebern und Wucherern, gegen die sich die Erbitterung des darbenden Volkes richtet. Nicht verstanden wird es, daß die Staatsgewalt dem Treiben dieser Leute untätig zusieht. Nun warnen zwar die mit der wirtschaftlichen Notgesetzgebung der Kriegs- und Übergangszeit gemachten Erfahrungen vor einem Übermaß von Strafvorschriften. Gegen wirtschaftliche und soziale Schäden kann mit den Mitteln des Strafrechtes nicht sehr viel erreicht werden, nur eine wirtschaftliche und moralische Gesundung kann solche Schäden endgültig beseitigen."

Wir haben bisher nicht gewußt, daß es neben den Schiebern und Wucherern noch andere gibt, die ihren auf nicht einwandfreie Weise erworbenen Reichtum dazu mißbrauchen usw. (siehe oben!). Nun, die heutige Staatsweisheit huldigt eben dem Grundsatz: „Wo die Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein!" Lassen wir's, der Dichter hat recht mit seiner Behauptung von dem vergebenen Kampf der Götter gegen „Naivität". Bei dem von uns gesperrt gedruckten Satz der obigen Begründung aber beginnt die „Naivität" so abgrundtief zu werden und ist überdies eine so hanebüchen gemeine Schmähung unseres deutschen Volkskörpers enthalten, daß hierzu doch ein deutsches Wort gesprochen werden muß. Wenn gesagt ist, daß „nur eine wirtschaftliche und moralische Gesundung solche Schäden endgültig heilen könne", so ist doch rund und klar gesagt, daß unser Volk allgemein wirtschaftlich krank und moralisch verkommen ist. Herr Graf, ein Körper, dessen Glieder lahmgelegt sind, kann sich des über ihn kommenden Ungeziefers nicht erwehren, und Sie können Ihrem Leibpferd,

Volksgenossen!

Die Polizeidirektion München hat durch Konfiskation eines Plakates, das in keiner Weise Anlaß zu einer solchen Handlung geboten hätte, versucht, die Aussprache der öffentlichen Meinung über einen Regierungserlaß, der schon an der Stirne den Stempel unendlichster Lächerlichkeit trägt, zu verhindern.

Es ist auch gelungen, daß die von uns für Dienstag angesetzte Versammlung im Hackerkeller durch diesen Polizeistreich verhindert wurde.

Nichtsdestoweniger werden wir nun unter gründlichster Vorbereitung über dieses Thema ausführlicher sprechen als zuvor.

Wir fordern schon jetzt alle Volksgenossen auf, zu dieser Versammlung in Massen zu erscheinen.

sollte es die Räude befallen, in allen Tönen predigen: „Du mußt gesund werden, sonst bringst du die Räude nicht los!", es wird dennoch eingehen, weil die Pferdepflege eben nichts taugt. Die Pflege unseres Staatskörpers taugt ebenfalls keinen Schuß Pulver, sonst hätten ihn die Schieberläuse und Wucherwanzen nicht befallen können. Die Glieder unseres Volkskörpers, d. h. die ihn vertretenden Männer der Parlamente und Kabinette sind entweder zu faul, zu dumm oder zu ängstlich, um das Ungeziefer zu zertreten. Unser Volk ist gesund, auch moralisch, das können Sie sich merken, Herr Graf, genau wie ein Pferd in seinem Blut vollständig gesund ist, obwohl es plötzlich die Räude befällt, d. h. der Feind, das Gift, die Mistmaden von außen her eindringen. In solchem Fall gehören eben dann die Milben getötet und der gewissenlose Pferdepfleger zum Teufel gejagt! Und im Staate, dem Volkskörper gegenüber? Wäre der Maulkorb nicht, so grob und deutlich würde Ihnen die Wahrheit niemand mehr sagen, Herr Graf, als wir es tun möchten im Namen aller derer, die jämmerlich zugrunde gehen müssen, weil die staatliche Körperpflege jeder Hygiene hohnschreit, d. h. weil am Marienplatz noch nicht ein einziger Galgen steht für diese Galgenstricke.

Das ganze Gesetz ist ein reiches Feld für das Denunziantentum, denn bei „den auf nicht einwandfreie Weise reich Gewordenen" wird nicht nachgesucht, wo das Geld eigentlich her ist. Eine ungeheuerliche Selbstverhöhnung der bayerischen Justiz wäre dieses Gesetz, und der Justizminister Graf Lerchenfeld selber ist es, der hiermit den Bankerott der Justiz öffentlich erklärt hat. Die Richter aber werden nicht aus dem Kopfschütteln herauskommen und werden gut tun, geschlossen einen andren Minister zu verlangen. Die Schieber aber, die das Aufgebot der Schlemmer stellen, brüllten vor Vergnügen über eine solche Verfolgung.

Hoj.

Ein Beitrag zum Dolchstoß

Die sozialdemokratische sächsische „Volksstimme" schrieb (Nr. 166, 19. VII. 21) in einem Aufsatz: „Kompromißpolitik":

„Nun hatte Deutschland einen gewaltigen Krieg und in seinem Innern gab es drei ausgereifte Strömungen, die sich aufs heftigste befehdeten: Die sogenannte Vaterlandspartei mit ihrer Parole vom „deutschen Sieg", die Mehrheitler mit dem Verständigungsfrieden und die Unabhängigen mit ihrer Tätigkeit für die deutsche Niederlage."

Und wenn ein deutsches Blatt vom „Dolchstoß" spricht? Dann geifert die ganze marxistische Preßmeute über diese „Lüge" und „Tatsachenverdrehung".

Eiergeheimnisse

Nachdem seit 1½ Monaten von uns Erklärungen über den unerhörten Viehwucher gefordert worden sind, eingehend begründete Anklagen erhoben wurden, ist neuerdings ein offizieller Schritt erfolgt. Nicht etwa, wie es bei gewöhnlichen Freistaatsbürgern — etwa den Nationalsozialisten — üblich ist, daß man die öffentlich so schwer Beschuldigten in Untersuchungshaft steckt, zum mindesten sie ihres Dienstes bis zur restlosen Klärung enthebt, nein: sie erstatten Strafanzeige und bleiben, was sie waren. Gegen den „Völk. Beob." (und den „Miesbacher Anzeiger") ist wegen des Artikels „Die bayerische Justiz und die Viehjuden" von seiten des Staatsministeriums für Landwirtschaft (also Herrn Wutzlhofer) und Ministerialdirektor Dr. Attinger Klage erhoben worden.

Zur Beleuchtung des merkwürdigen Stillebens im „Freistaat" Bayern wollen wir nun fürs erste folgendes erzählen, was sich am Freitag, den 18. November, vor Gericht in München abspielte:

Angeklagt war ein früher bei der Landeswucherabwehrstelle zur Dienstleistung kommandiert gewesener Kriminaloberwachtmeister der Polizeidirektion München. Als Vertreter des Privatklägers erschien Rechtsanwalt Steppacher (Jude); der Beklagte war ohne Verteidiger erschienen.

Zur Geschichte des Falles:

Im verflossenen Frühjahr stiegen trotz Überfülle an Eiern die Eierpreise ständig, und es stellte sich durch Ermittlungen und Erhebungen fragl. Oberwachtmeisters heraus, daß jüdische Firmen, und hauptsächlich die Firma Halle, Nürnberg, die Preistreiber waren.

Der Beamte reiste mit einigen weiteren Beamten ins Erzeugergebiet Straubing und kam am 1. Juni nach Osterhofen, wo er zufällig den verh. Reisenden und Aufkäufer Blasius Scheufele der Firma Halle traf. Nachdem derselbe zum Eieraufkauf nicht berechtigt war, keinerlei Buch über Aufkäufe führte und bei der Leibesvisitation Briefe sehr verdächtigen Inhalts gefunden wurden, verhaftete ihn der Beamte pflichtgemäß und lieferte ihn dem A.G. Osterhofen ein. Im Aufnahmeraum des Amtsgerichtsgefängnisses soll nun der Oberwachtmeister in Gegenwart des Scheufele und von Zeugen geäußert haben: „Die Juden gehörten aus dem Lande hinausgejagt, und Scheufele solle sich schämen, überhaupt für einen Juden zu arbeiten."

Der Beklagte bestritt, diese oder ähnliche Ausdrücke gebraucht zu haben.

Gleich zu Beginn der Beweisaufnahme fuhr der gegnerische Rechtsanwalt, statt die Beleidigung nachzuweisen, d. h. objektiv bei der Sache zu bleiben, sein „schwerstes Geschütz" auf, und behauptete, der Oberwachtmeister sei seit 1½ Jahren wütender Antisemit, besuche die judenfeindlichen Versammlungen stets und betätige sich judenfeindlich. Der Beklagte erhob Einwendungen, Politik mit dem hier unter Klage stehenden Fall zu vermengen. Jedoch wich der Beklagte nicht aus und erfaßte die Sache gleich richtig beim Schopf, indem er die Gegenfrage stellte, ob Rechtsanwalt Steppacher, da er ihn in solch niederträchtiger Weise bespitzele, dann auch wisse, daß er M.S.P.-, U.S.P.- und K.P.D.-Versammlungen ebenso gut besuche; und dann möge er ihm sagen, ob er selbst Kommunist sei, nachdem er immer die Kommunisten vor Gericht verteidige. Im übrigen verwahrte sich der Beklagte vor solch gemeiner Verdächtigung seiner Gesinnung und erklärte, er habe doch im Freistaate, wie jeder freie Mann, das Recht — außerhalb seiner Amtstätigkeit zu tun und zu lassen, was er wolle, wenn er es mit seinem Stand und seiner Ehre vereinbaren könne. Nun aber enthüllte der Beamte den ganzen unsagbar ekelhaften Schwindel, warum er heute, nachdem er dem Staate 17 Jahre in Ehren diene, auf der Anklagebank sitze. Er fühle sich aber nicht als Angeklagter, sondern als Ankläger. Weil er das Übel des Schiebertums immer an der Wurzel gefaßt, weil er zu tief in all die Lumperei hineingeleuchtet, solle er vernichtet werden. Bei der Verhaftung des Reisenden Scheufele und bei der Durchsuchung bei Halle in Nürnberg habe er Briefe des Landtagsabgeordneten Scheufele (Bauernbund. D. B.) gefunden, worin dieser seinem Vetter, dem erschienenen Zeugen Blasius Scheufele bzw. der Firma Halle direkt mitteilte, daß er sich persönlich für diese Firma für die damals noch gesperrte Eierausfuhr verwendet habe, daß er auf die Bezirksamtsvorstände, damit sie der Firma Halle willfährig seien, einen Druck ausübe und in einem Briefe sogar, daß er es beim Landwirtschaftsminister Wutzlhofer persönlich durchgesetzt habe, daß die Eierausfuhr freigegeben werde zum 1. Mai 1920. Halle solle diese vertrauliche Mitteilung niemand verraten, er könne sich aber danach einrichten und diese Kenntnis geschäftlich verwerten.

Nun habe man gegen den Beamten disziplinare Bestrafung beantragt, welche trotz ungeklärten Sachverhalts seine schlechte Qualifizierung und Ausschließung von der Beförderung zur Folge gehabt habe. Nicht genug damit, habe man ihn bei der Staatsanwaltschaft Deggendorf wegen Freiheitsberaubung zur Anzeige gebracht, und als dieses Verfahren mangels Schuld eingestellt wurde, ihn nun noch wegen Beleidigung verklagt.

Zum weiteren Beweise, wie seitens jüdischer Schieberkreise gegen ihn gearbeitet wurde, führte der Beamte noch an, daß er im Vorjahre gelegentlich der Verfolgung eines Schieberfalles in Berlin gewesen und im elegantesten Westen zu einem Juden in

das Empfangszimmer trat, der ihn mit den Worten empfing: „So, Sie sind Herr Hofmann aus München! Sie sind ein gefürchteter Mann in Bayern."

Es sei ihm immer wieder passiert, daß Juden, die er habe fassen müssen, sich bei der Landeswucherabwehrstelle, trotz größter Objektivität von seiner Seite, beschwerten und durch Rechtsanwälte den Antrag stellten, ihm das Verfahren aus der Hand zu nehmen: er sei befangen!

Nach kurzer Beratung erfolgte Urteilsverkündigung: Freisprechung. Die Kosten des Verfahrens trägt der Privatkläger.

Dies der Bericht unseres Berichterstatters. Dazu möchten wir noch bemerken:

Die Öffentlichkeit wird sich noch erinnern, daß der Landwirtschaftsminister Wutzlhofer im heurigen Sommer auf einer Bauernversammlung den gegen den Eierwucher schärfstens vorgehenden Staatsanwalt Gerstlauer von Deggendorf angriff, was viel Staub aufwirbelte.

Wir fragen an, wie es kommt, daß ein solcher Minister während des Volkes schwerster Not immer noch Minister ist und ein solcher Volksver—treter immer noch im Landtag sitzt, obwohl obige Lumpenaffäre nun seit 1. Juni den Behörden bekannt ist und hoffentlich auch dem Landtag!

Die Landeswucherabwehrstelle aber fragen wir, warum sie nach Arbeit schreit, wenn sie tagtäglich die langen Kolonnen der frierenden Frauen und Kinder vor den Läden anstehen sieht, wie kaum während des Krieges, wenn sie, wie in diesem Falle, die wahren Schuldigen hätte und doch nichts tut? So aber ging es eben nicht nur mit den Eiern. Wer garantiert dem Volk, daß nicht ein anderer Herr Abgeordneter oder Minister einen Vetter oder Schwieger-Schwager-Paten-Tante-Basen-Muhme oder eine Waschfrau hatte, deren Ururenkelbasenvetterntante bei einem jüdischen Getreidehändler, Viehhändler, Butterhändler usw. angestellt ist, und welcher zu Gefallen andere Geheimnisse von Ministergehirnen verraten wurden?

Aus dieser Verhandlung aber ziehen wir weiter die Lehre — an maßgebender Stelle ist man ja unbelehrbar — wie weit wir in Bayern gekommen sind: Der Beamte, der sich untersteht, gegen jüdische Schieberinteressen zu handeln, namentlich wenn er dabei auch Abgeordneten auf Partei- oder Judeninteressensocken tritt, wird verfehmt. In diesem Falle blieb der Oberwachtmeister Sieger. Wie viele Beamte aber werden durch Nadelstiche, wie Beschwerden usw., geschweige denn erst durch solche Prozesse, abgeschreckt, sich für das Volksinteresse in die Schranke zu stellen, und lassen den Karren laufen wie er läuft, zumal er, wie es scheinbar in diesem Fall war, keine rückenstarken Vorgesetzten hinter sich hat.

Es lebe der „freie Volksstaat" und seine Volksvertreter!

Mohrenwäsche

Im Novemberheft der katholischen Intelligenz-Monatsschrift „Hochland" erzählt Professor Martin Spahn eine Episode, aus der hervorgeht, wie der sicher bedeutendste und ehrenhafteste Sozialpolitiker im Zentrum, der verstorbene Professor Hitze, über Erzberger gedacht hat. Es handelt sich um die bekannte Gegnerschaft Spahn-Erzberger. Letzterer wollte Spahns Zentrumskandidatur hintertreiben, indem er gegen Spahn eine Schrift verfaßte, die aber fälschlich als Verfasser den Grafen Oppersdorf nannte. Spahn wollte diesen Kampf austragen, wovon er aber von Hitze abgehalten wurde. Spahn erzählt: „Unermüdlich, einmal sogar mit den hellen Tränen in den Augen, hielt er mir vor, daß ich mir und meinem Kreise in der Partei etwas, was ich nie wieder gutmachen könnte, vergäbe, wenn ich mich mit diesem Menschen (Erzberger!) einließe. Wer unter einem stünde, mit dem dürfe man nicht fechten."

Dieses Urteil ist sehr bemerkenswert, um so mehr, als man dem toten Erzberger noch immer keine Ruhe läßt, sondern seine dreckige Weste immer noch reinwaschen zu müssen glaubt. In Ulm soll demnächst, so berichtet das „Neue Volk", eine Schrift erscheinen, in der Erzberger von Justizrat Löwenfeld (sic!) von den im Moabiter Gerichtsurteil enthaltenen Anwürfen auf seinen Charakter gereinigt werden soll. Der Versuch kommt reichlich spät, was recht sonderbar ist, aber wir zweifeln nicht daran, daß der Heros des schwäbischen katholischen Volkes bei diesem in lichter Reinheit erstehen wird. Aber gegen gewisse Krankheiten soll es kein Kräutlein geben. M.

Zum „Reigen"-Skandal

Der Kampf um den „Reigen" in Berlin ist beendet; wieder einmal konnte der jüdische Geist der Zersetzung über deutsche Art und Sitte triumphieren: die Angeklagten wurden freigesprochen! Das Gericht ist der systematisch betriebenen, suggestiven Bearbeitung durch die jüdischen Sachverständigen erlegen und hat sich die Meinung jener jüdischen Fäulniserreger aufzwingen, kurz, sich übertölpeln lassen. Es ist ihnen so gut gelungen, aus Schwarz Weiß zu machen, daß das Gericht — Gott sei's geklagt — sich sogar soweit herabließ, in der Urteilsbegründung zur Freude aller Juden zu bestätigen, der „Reigen" verfolge einen „durchaus sittlichen Gedanken", der Inhalt des Reigens „sei ein ethischer, er sollte bessernd wirken!!"

Nichts zeigt deutlicher, wie herrlich weit wir es schon in Deutschland gebracht haben, als die Tatsache, daß ein paar jüdische Literaten und Preßschmierfinken den gesunden, klaren Blick eines Gerichts verwirren können, so daß es gerade in der Frage der Sittlichkeit, der Kernfrage deutscher Wiedergeburt, gegen das deutsche Volk entscheidet.

Wir wollen hier nicht die Frage aufrollen, was sittliche oder unsittliche Kunst sei; uns genügt zur Ablehnung des „Reigen" die Tatsache, daß dieses Stück gerade von den Leuten „in den höchsten Tonarten als vollendetes Kunstwerk gefeiert wurde, die die Verhöhnung des deutschen Volkes sich zum Beruf gemacht haben, die nie genug auf das, was dem Deutschen von jeher als hoch und heilig galt, sich exkrementieren konnten. Sie alle, diese asiatisch-teuflischen Volksvergifter, haben sich die Zerstörung deutscher Sittlichkeit zum Ziel gesetzt, jener Sittlichkeit, die es ablehnt, das Heiligste, das Problem der Zeugung, zum Gegenstand der öffentlichen Volksbelustigung werden zu lassen. Das ist aber mit der Aufführung des „Reigen" geschehen; denn es steht fest, daß der Reigen nur deshalb auf den Spielplan gesetzt wurde, damit das Theater vor dem Zusammenbruch bewahrt blieb, woraus doch klar und deutlich hervorgeht, daß aus der Lüsternheit sogenannten gebildeten oder ungebildeten Pöbels Kapital geschlagen wurde.

Im Brennpunkt des ganzen Kampfes — denn es war ein Kampf zwischen deutschem Geist und dem „Geist, der stets verneint" — stand Professor Karl Brunner, der einzige, der als Gutachter es gewagt hat, frisch vom Leder zu ziehen und die Verfallskultur, wie sie beim „Reigen" in Erscheinung tritt, zu kennzeichnen. Seine Ausführungen waren ein offenes, mutiges Bekenntnis zu deutscher Sitte und deutscher Art. Darum mußte er aber die ganze Jauche und den Unflat nicht nur der jüdischen Presse, sondern auch der anderen Gutachter und der jüdischen Verteidiger über sich ergehen lassen. Dieser Fall ist für die jüdische Kampfesweise so typisch, daß man ihn nicht umgehen kann. Der Verteidiger der Angeklagten, Heine, nennt er sich, meinte, Professor Brunner sei ein interessanter psychologischer Fall". Er sprach von der „Klapperstorch- und Kinderstubenpolitik" Brunners, dessen Einmischen in Kunstdinge gemeinschädlich sei. Denn es gehe um die Freiheit deutschen (!!) Geisteslebens. Dr. Alfred Kerr (vom „Berl. Tageblatt") nannte als Sachverständiger (wer lacht da nicht?) Brunner einen „fanatischen Dilettanten" und einen „gutgläubigen Schädling".

Und nun erst die Presse! Der „Vorwärts" wünscht sich eine Zeit, da man die Fünfzehnjährigen in den „Reigen"-Aufführungen sich belehren und erheben sieht. Er schreibt: „Wir wünschen uns wahrhaftig nicht die Wiederkehr des friederizianischen Zeitalters. Was wir aber wünschen, das wäre ein Gerichtshof, der heute das Urteil hätte fällen dürfen: „Der Reigen soll bleiben, und zur Strafe soll der Keuschheitsbrunner samt seiner Stinkbombengesellschaft vier Wochen lang jeden Abend in die Komödie gehen, und Frau Eysoldt (die Angeklagte) soll ihm das bescheinigen!"

Und die „Vossische Zeitung" geifert gegen Brunner: „Ein solcher Mann muß zur Beruhigung unseres öffentlichen Lebens an eine Stelle versetzt werden, die ihn nicht mehr verlockt, amtliche und parteipolitische Betätigung zu verquicken. Man darf aber auch hoffen, daß das Urteil des Landgerichts durch seine Schwerkraft Herrn Brunner und seinen Anhängern praktisch die Möglichkeit nimmt, auch weiter mit den bisherigen Mitteln an der Vergiftung unseres politischen Lebens mitzuwirken!"

Und das „Berliner Tageblatt"! Unter dem Titel „Brunners verlorene Schlacht" schleimt es sich folgendermaßen aus: „Der Feldzug gegen den ‚Reigen' der mit Stinkbomben begann und mit Zeugenaussagen seinen Fortgang nahm, die bisweilen peinlich nach ungelüftetem Muckertum rochen, diese ganze ein wenig mißduftige Angelegenheit hat nach fast zweiwöchiger Gerichtsverhandlung heute mit dem Freispruch der „Reigen"-Veranstalter, d. h. mit einer Niederlage des Professors Brunner und seines Fähnleins der Aufrechten geendet. ... Herr Brunner, der eine so kindliche, dilettantische, ahnungslose Einstellung zu allen Dingen der Kunst in seinem Gutachten bekundete, konnte natürlich die Antworten der Sachverständigen gar nicht verstehen ... Alle diese Leute glauben ganz ehrlich, die Unzucht zu bekämpfen, und wissen nicht, daß es die Kunst ist, die sie bekämpfen, daß es die Kunst ist, die sie aufreizt, die Kunst, die sie nicht verstehen."

Natürlich machte auch Jakobsohn in der „Weltbühne" seine Dreckschleuderer mobil, um Brunner mit ihrem Unflat zuzudecken. Sie alle hier aufmarschieren zu lassen, würde zu weit führen.

Wer jetzt noch nicht weiß, wo die Feinde des deutschen Volkes sitzen, dem ist nicht mehr zu helfen. Der „Reigen"-Prozeß war wieder einmal ein Prüfstein, an dem sich die Geister mit einer Deutlichkeit schieden, wie selten zuvor. Der Jude hat wieder einmal seine wahre Satansfratze gezeigt. Daran ändert die Zeugenaussage einer Vertreterin der jüdischen Frauenvereine nicht das geringste. Die besonders starke Betonung und Hervorkehrung des „jüdisch-sittlichen" Standpunktes zeigt deutlich, daß es sich hier nur um Verschleierung, nur um Gimpelfang handelt. Gerade diese jüdischen Kreise sind es, die das „Berliner Tageblatt" zu ihrem Leibblatt erkoren haben und die an den Zetereien, an dem Zynismus und der sadistischen Würdelosigkeit eines Alfred Kerr bei weitem keinen Anstoß nehmen. Für Leute aber von der Sorte Kerrs gibt es keine bessere Kennzeichnung als die in den Goethe-Schillerschen „Xenien".

„Menschlichkeit kennst du nicht, nur Menschlichkeiten:
Der Dämon wechselt bei dir mit dem Schwein ab, und das nennest du „Mensch".

„Im ‚Reigen'-Prozeß", so schreibt Professor Brunner in einer Erklärung in der Berliner Presse, „haben zwei Weltanschauungen vor den Schranken des Gerichts miteinander gerungen. Meine Person ist ohne mein Zutun durch eine planmäßige Taktik der Angeklagtenpartei samt ihrer Presse in lärmender Weise in den Vordergrund gezogen worden. Als Zeuge und Sachverständiger geladen, habe ich lediglich meiner staatsbürgerlichen Pflicht genügt. Meine amtliche Stellung kommt dabei nicht in Frage. Ich habe schlechterdings nicht anders handeln können. Ich hab's gewagt, gegen den Terror der Verfalls-‚Kultur' aufrecht zu stehen und im vollen Gegensatz zu sämtlichen Sachverständigen unter meinem Eid ein ehrliches, wohlbegründetes Bekenntnis zu christlich-deutscher Sitte und Sittlichkeit abzulegen. Wohl nur wer diese bekämpft, wird mich darum schmähen. Ohne mich auch nur im geringsten sachlich widerlegen zu können — ja gerade deshalb — haben mich die Verteidiger Heine und Rosenberger, die mir den größeren Teil ihrer langen Plädoyers gewidmet haben, so maßlos beschimpft und mit Füßen getreten, daß der niedere Instinkt im Zuhörerraum des Gerichtssaals leidenschaftlich erregt und ich noch im Gerichtsgebäude tätlich bedroht wurde. Gegen Rechtsanwalt Heine habe ich wegen verleumderischer Beleidigung (Anschuldigung eines falschen Eides) Strafantrag gestellt. Wenn man sich schon im Gerichtssaal gegen einen solchen Versuch zur Vergewaltigung der Gewissensfreiheit, wie er nur in den Zeiten der Folterqualen erhört war, nicht wehren kann, so soll doch dieser Aufschrei der breitesten Öffentlichkeit zum Bewußtsein bringen, wohin wir treiben."

Die Schande, die dem deutschen Volk durch den „Reigen"-Prozeß angetan worden ist, dürfen wir nie vergessen! M.

•

Verfasser des Bordellstückes „Reigen" ist der Jude Schnitzler, Direktor des in Rede stehenden Berliner Theaters ist der Jude Sladek, die „Sachverständigen" waren zu 99% — Hebräer, „Leuchten der Wissenschaft, Kenner der Weltliteratur und der gesamten Theaterkultur", wie Rechtsanwalt — Heine sagte...

Eine Judenzeitung meinte, es sei ein Skandal, daß dieser Prozeß überhaupt geführt werden konnte. So denken wir auch! Es ist eine Verhöhnung des deutschen Empfindens, daß es möglich ist, Hebräer begutachten zu lassen, was für uns sittlich und was unsittlich ist. Die Nachkommen der Rabbis, die — lant Talmud — in der Tatsache im Traume eine Gans beschlafen zu können, ein Zeichen sahen, ein Oberhaupt in Israel zu werden, haben bei uns nichts zu suchen.

Dies restlos zu erreichen, ist unser Ziel.

Verbreitet den „Beobachter"!

Aufruf zur Zeichnung von Patronatsscheinen für die Deutsche Festspiel-Stiftung Bayreuth

Was keiner derer, die 1871 den Jahrhunderte alten Traum von deutscher Einheit verwirklichen halfen, je für möglich gehalten hätte, ist geschehen. Der schimmernde Reif ist jäh zersprungen. Wir stehen vor einem Zusammenbruch ohnegleichen. In schmerzlicher Erschütterung sehen wir, daß unter dem Trümmerschutt von Deutschlands Macht und Weltgeltung auch seine edelsten geistigen und seelischen Besitztümer begraben liegen. Deutsche toben gegen Deutsche. Gemeinsames Leid, gemeinsame bittere Not scheinen ihre reinigende, einigende Kraft verloren zu haben. Es ist, als ob Deutschland von allen guten Geistern verlassen wäre ... Und doch wissen wir, daß gerade der Deutsche, ohne Ideale auf die Dauer nicht leben kann, wissen, daß Gesundung der deutschen Seele, Wiedergeburt des deutschen Geistes nur aus der Wiederaufrichtung der idealen Güter unserer Nation erblühen kann: Diese Sehnsucht gilt es zu wecken, den glimmenden Funken unter der Asche zu schüren, daß er zu neuer reiner Flamme werde.

„Was deutsch und echt, wüßt' Keiner mehr, lebt's nicht in deutscher Meister Ehr'!" Dies Meistersinger-Mahnwort ist in unseren Tagen zu ganz neuer Bedeutung gelangt. Es soll uns aufrütteln und uns den rechten Weg weisen, einmal zu unseren großen deutschen Künstlern überhaupt, dann aber speziell zu ihm, der es sprach, ihm:

Richard Wagner.

Eins der edelsten Kleinode deutscher Kultur, die „im Vertrauen auf den deutschen Geist" begründeten und in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege zur höchsten Blüte entwickelten

Bayreuther Bühnen-Festspiele

sind in Gefahr, für immer verloren zu gehen. Seit dem Sommer 1914 ist das stolze Haus auf dem grünen Hügel von Bayreuth geschlossen. Das wirtschaftliche Wagnis einer Wiederaufnahme der Spiele ist unter den heutigen Verhältnissen so groß geworden, daß es von den Nachkommen Wagners nicht mehr allein getragen werden kann. Es wäre mehr als töricht, ruhig warten zu wollen, bis wieder bessere Zeiten kommen. Täuschen wir uns nicht: damit würde das Todesurteil über Bayreuth gesprochen! Es ist gar keine Zeit mehr zu verlieren! Die Bayreuther Überlieferung, jenes einzigartige, opferwillige Zusammenwirken zur reinen Verkörperung der Kunstgedanken Richard Wagners, ruht heute nur noch in den Händen weniger getreuer Hüter. Was in jahrzehntelanger, opfervoller Arbeit der Gattin Richard Wagners und seinem Sohne aufzubauen gelang, wäre unwiederbringlich dahin, wenn nach Jahrzehnten vielleicht ein neues Geschlecht den Wiederaufbau des Bayreuther Werkes in Angriff nehmen wollte. Eine unvergleichliche Überlieferung wäre zerrissen. Wer Deutschland liebt und für seine Gesundung, seine Zukunft als Kulturvolk etwas tun will, der muß Bayreuth zu Hilfe kommen. Es sind Verhandlungen mit dem Hause Wagner, der Festspielverwaltung und der Stadt Bayreuth gepflogen worden, die zu einem höchst erfreulichen Ergebnis geführt haben. Zum Zweck der Weiterführung und Erhaltung der Bühnenfestspiele ist die

„Deutsche Festspiel-Stiftung Bayreuth"

ins Leben gerufen worden.

Nun gilt es, durch Zeichnung von Patronatsscheinen (zu je 1000 M.) und sonstige freiwillige Zuwendungen die Stiftung möglichst schnell auf die Höhe von mindestens 3 000 000 Mark zu bringen. Wenn es noch in diesem Jahre gelingt, so ist die Wiederaufnahme der Festspiele im Jahre 1923 gesichert!

Wem also an der Erhaltung des Werkes von Bayreuth gelegen ist, wer sich erinnert an unvergeßliche Stunden innerster Beglückung, die er im schlichten Haus auf dem Festspielhügel erlebt hat, wer unserem Volke ein neues ideales Ziel setzen will, der unterstütze die neue Festspiel-Stiftung.

Den Zeichnern von Patronatsscheinen sind bedeutende Vorrechte für den Besuch der Festspiele eingeräumt.

Zum dritten Male steht Bayreuth auf dem Punkte, wo jede Zukunftshoffnung erloschen schien, und es nur ungeheurer Energie gelang, die Festspiele wieder ins Leben zu rufen. Nach 1876 war es Richard Wagner selbst, der diese Energie bewies, nach seinem Tode des Meisters Gattin. Und nun, zum dritten Male soll es das deutsche Volk selber sein, das es dem Sohn ermöglicht, das Gleiche noch einmal zu leisten. Wir hoffen zuversichtlich, daß das Werk der Rettung auch diesmal gelingt!

Die Zentralleitung des Allg. Richard-Wagner-Vereins.

Ausschuß in München: Leopoldstr. 18/II, Fernspr. 33 041.

Münchener Theater und Konzerte

Münchner Theater. „Bruder Martin", Volksstück mit Gesang in vier Akten von K. Costa.

Als vor ungefähr drei Monaten, im August, das Naturtheater im Tierpark Hellabrunn eröffnet wurde, gelangte als drittes und letztes Stück auch „Bruder Martin" zur Aufführung. Nunmehr hat das Münchner Theater dieses Volksstück abermals auf den Spielplan gesetzt. Doch der Unterschied dieser beiden Aufführungen ist ein ganz erheblicher. Da das Stück fast durchwegs außerhalb aller Räumlichkeiten sich abspielt, ist es wohl zweckmäßiger, dasselbe der Naturbühne zu überlassen, zumal auch noch die Bühne des angeführten Theaters ziemlich klein ist. Allerdings soll damit nicht gesagt werden, daß die Aufführung vielleicht nicht gut sei; im Gegenteil. Die mitwirkenden Kräfte sind so ziemlich die alten und zeigen ihr bestes Können. N. Haas spielt wieder mit großem Humor den Laienbruder „Martin", ebenso behauptet Ph. Weichand seine Rolle als „Schneider Würmel", sowie M. Brand als seine herrische, gebieterische Ehehälfte. Desgleichen gibt M. Boge, mit guter Mimik die geizige, habsüchtige Wirtschafterin zur Waldmühle wieder. N. Kunig, der frühere Darsteller des Mühlen- und Wirtschaftsbesitzers Kernlager, wird durch den ebenbürtigen R. Pinegger ersetzt.

Während der großen Pause gab das Schrammelterzett Messerer-Kogler einige gute Vorträge zum Besten, die reichen Beifall fanden. H. S.

Büchereinlauf.

Besprechungen unverlangter Werke vorbehalten. Sämtliche hier angezeigten Bücher können durch unseren Verlag, Thierschstraße 15, bezogen werden.

A. Hecker: Vor Judas Weltregierung. Verlag Klüber, Passau. Brosch. 12 M.

Das Buch ist zweifellos von bestem Wollen heraus geschrieben worden. Nur liest man die Anfangskapitel mit gemischten Gefühlen. Sobald nämlich ein Pfarrer auf das „alte Israel" zu sprechen kommt, wird von der früheren Größe des „auserwählten Volkes" gesprochen. Davon und von einigen anderen Halbheiten abgesehen, sind die weiteren Kapitel nur zu unterschreiben, auch hat sich der Verfasser zu der Erkenntnis durchgerungen, im Programm der Nationalsozialisten und in ihrer

Die deutschfeindliche Tschechei

Von unserem Prager Berichterstatter.

Seit einiger Zeit beginnen auch die ganz „objektiven" Kreise Deutschlands einzusehen und zu empfinden, daß die Tschechoslowakei nichts anderes als der Gendarm Frankreichs im Südosten Deutschlands ist. Lange hat man dazu gebraucht.

Es ist merkwürdig: Trotzdem in diesem Staate nach den neuesten tschechischen Volkszählungsergebnissen 3 828 000 Deutsche neben nur 6 351 000 Tschechen leben, trotzdem also mehr als ein volles Drittel Deutscher in diesem Staate sind, trotzdem die Tschechoslowakei von drei Seiten — im Norden, Westen und Süden — von deutschen Staatswesen umgeben ist, betreibt sie eine ans Wahnwitzige grenzende Macht- u. Haßpolitik, die sich wovl viel stärkere und größere Staaten nicht ohne Schaden leisten dürfen. Erst jüngst hat man wieder gesehen, daß die Tschechei nicht nur im Innern mit Standrecht, Zensur, Bodenwegnahme, Nichteinlösung der Kriegsanleihe, Zwangsanleihen und Entlassungen gegen Deutsche loszugehen versteht, sondern daß sie auch außenpolitisch gegen das Deutsche Reich recht fühlbar zu intrigieren verstand.

In der Oberschlesienfrage wurde Dr. Benesch — der tschechische Außenminister — zum ersten Male in flagranti — ertappt. Jetzt ist man ihm neuerdings auf der Spur einer ähnlichen Sache. Dr. Benesch will nicht ohne Entgelt den Liebesdienst den Polen in Oberschlesien geleistet haben. Er möchte auch einen Happen nach Hause bringen, — denn die Tschechoslowakei hat ja noch nicht genug Deutsche unter ihrer Trikolore! Sie will noch eine ganz ansehnliche Grenzberichtigung" in ihrem an Oberschlesien grenzenebeen Gebiet.

Es ist ein Verdienst der deutschen Nationalsozialisten, die durch ihre Abgeordneten im Prager Parlament dieser Tage eine große Anfrage einbringen ließen. Die Anfrage, die von den Abgeordneten Knirsch, Simm und Jung eingebracht wurde, führt folgendes aus:

Bei seiner jüngsten Anwesenheit in Prag hat der politische Außenminister Skirmunt dem Herrn Ministerpräsidenten öffentlich den Dank für seine Haltung in der oberschlesischen Frage abgestattet und hervorgehoben, daß die Teilung Oberschlesiens hauptsächlich der Einflußnahme des Herrn Ministerpräsidenten zugeschrieben werden könne. Der Herr Ministerpräsident hat damit neuerlich die Gefühle der 3½ Millionen Deutschen dieses Staates auf das allertiefste verletzt und bewiesen, daß für ihn weder moralische Bedenken noch politische Grundsätze in Betracht kommen, wenn es gilt, die Haß- und Vernichtungspolitik gegen das Deutsche Reich zu unterstützen. In jedem Exposé führt der Herr Ministerpräsident aus, daß seine ganze Politik lediglich der Durchführung der Friedensverträge diene. Die Teilung Oberschlesiens ist aber ein eklatanter Bruch dieser Friedensverträge. Bei der Einverleibung Deutschböhmens, des Sudetenlandes und des Kreises Südmähren in die tschechoslowakische Republik vertrat der Herr Ministerpräsident den Standpunkt, daß diese Einverleibung in den historischen Rechten und in der Einheit des Wirtschaftsgebietes begründet sei. In der oberschlesischen Frage setzte sich der Herr Ministerpräsident über alle Grundsätze hinweg.

Bei dieser Haltung des Herrn Ministerpräsidenten erscheint die schwere Beunruhigung der Bevölkerung berechtigt, die auf die Gerüchte zurückzuführen sind, daß zwischen Polen, Tschechen u. Franzosen Abmachungen über die Besetzung weiterer Teile Oberschlesiens getroffen wurden. Die Befürchtung, daß solche Abmachungen vorliegen, wurden von sehr ernsten Zeitungen und maßgebenden oberschlesischen Persönlichkeiten ausgesprochen. Bei der von den leitenden, angeblich demokratischen Staatsmännern beliebten Geheimdiplomatie liegt der Verdacht nahe, daß die Anwesenheit des polnischen Außenministers in Prag auch diesen Plänen galt.

Die Gefertigten erlauben sich daher, den Herrn Ministerpräsidenten zu fragen:

1. **Wie rechtfertigt der Herr Ministerpräsident seine Politik in der Frage der Teilung Oberschlesiens?**

2. **Was hat der Herr Ministerpräsident zu den lautgewordenen Befürchtungen bezüglich Besetzung weiterer Gebiete des Deutschen Reiches zu sagen?**

3. **Ist der Herr Ministerpräsident bereit, endlich offenkundig das Desinteressement der tschechoslowakischen Republik an Oberschlesien zu erklären, nachdem durch die Entscheidung des Obersten Rates die im Friedensvertrage enthaltenen Voraussetzungen für den Anfall des Leobschützer Gebietes weggefallen sind?**

•

Ob Herr Dr. Benesch diese Anfrage beantworten wird? Wir wissen ja, daß er schon öfter sehr beredt zu schweigen gewußt —, wo er sich schämte, zu lügen. Aber auch das kam nicht oft vor....

Auf jeden Fall: Die deutsche Öffentlichkeit ist gewarnt. Sie weiß und muß jetzt wissen, wessen sie sich von ihrem „Nachbar" zu versehen hat.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Nachrichten der Sturmabteilung.

Der Unterrichtsabend für die Sturmabteilung fällt am Mittwoch, den 23. November, aus. — Für die so zahlreich eingelaufenen Geldspenden für unsere Verwundeten und für den Ausbau unserer Abteilung zur Sicherung unserer Versammlungen dankt die Leitung der Sturmabteilung nochmals allen Spendern. — Jeder Parteigenosse, dem daran liegt, daß unsere Versammlungen vor den jüdischen Terrorakten geschützt bleiben, muß zum Ausbau der Sturmabteilung sein Schärflein beitragen. Spenden für diese Zwecke werden in der Geschäftsstelle der Partei, Corneliusstraße 12, entgegengenommen.

•

Hierdurch die Mitteilung, daß die Angehörigen der Sturmabteilung zu der am Donnerstag, den 24. November, im Zirkus Krone stattfindenden Vorstellung „Der Schmied von Kochel" Freikarten ausgestellt erhalten.

Die Mitglieder der Sturmabteilung, die von den Karten Gebrauch machen wollen, haben sich Donnerstag, um 7 Uhr abends, in der Vorhalle des Zirkus Krone zu versammeln.

Die Sturmabteilung.

•

Die Ortsgruppe Zwiesel der N.S.D.A.P. hielt Freitag, den 18. November, ihren wöchentlichen Sprechabend. Parteigenosse Bornkessel behandelte in längeren, sehr überzeugenden Ausführungen das Thema: Nationalgefühl — Internationalismus. Reicher Beifall lohnte den Redner. Anschließend an den Sprechabend beschloß die Ortsgruppe, im Monat Dezember einen Familienunterhaltungsabend zu veranstalten für Mitglieder und ihre Angehörigen. Der Abend soll zwangloser Unterhaltung mit musikalischen und anderen Vorführungen gewidmet sein. Termin wird noch bekanntgegeben.

Produktivität und Rentabilität

Um den Ausdruck „Rentabilität" erläutern zu können, muß man von der Produktion ausgehen. Die mannigfachen menschlichen Bedürfnisse müssen zu ihrer Befriedigung die dazu nötigen Güter erhalten, deren Herstellung man als Produktion bezeichnet. Betrachtet man die Produktion von ihrer wirtschaftlichen Seite aus, so ist das Moment der Wertschaffung das ausschlaggebende, d. h. es muß die Aussicht bestehen, daß der Wert des fertigen Produktes die Kosten übersteigt, die zu seiner Herstellung erforderlich waren. Demnach ist der Begriff Produktion nicht etwa nur als Gütererzeugung schlechthin zu fassen, sondern die erreichte Wertschaffung bzw. Werterhöhung ist als der bestimmende Faktor anzusehen. Dennoch ist nicht jede Werterhöhung als eine Steigerung des Volkswohlstandes und Vermehrung des Volksvermögens anzusehen, da z. B. eine Kurssteigerung eines Wertpapieres nur für den Privatmann, nicht aber für die Volkswirtschaft eine Werterhöhung bedeutet, weil sie keine Vermehrung des Gütervorrates mit sich bringt oder die Güter zu besserer Verwendung geeignet macht, wie es der Handel tut. Der einzelne kann wohl aus einer derartigen Werterhöhung, die aber volkswirtschaftlich nur eine Wertverschiebung darstellt, einen Gewinn erzielen, die Volkswirtschaft und damit das Volksvermögen wird aber dadurch nicht gefördert, sondern im Gegenteil kann eine solche Wertverschiebung, z. B. das Steigen der landwirtschaftlichen Bodenpreise, sehr wohl zu einer Einschränkung der Produktion führen.

Aus dem Vorausgegangenen ergibt sich, daß sich das Interesse des einzelnen, des privatwirtschaftlich Tätigen, auf den Gewinn konzentriert, ungeachtet der volkswirtschaftlichen Bedeutung seiner Tätigkeit, und ein derartiges, von Erfolg gekröntes Streben nach Gewinn, nennen wir nach dem heutigen Sprachgebrauch „rentabel". Ist also ein Unternehmen rentabel, so ist damit noch nicht gesagt, daß es zugleich eine Verbesserung des Volkswohlstandes bedeutet, da ihm die Produktion letzten Endes nur ein Mittel zum Zweck des Erwerbes ist. Fassen wir also zusammen, so können wir sagen: Volkswirtschaftliche Produktivität ist die Erhöhung des Volksvermögens und die Verbesserung des Volkswohlstandes durch Gütererzeugung mit Erzielung eines Werterfolges und durch Werterhöhung dadurch, daß man die Güter zur Bedürfnisbefriedigung geeigneter macht. Privatwirtschaftliche Produktivität der Rentabilität ist das Maß des Gewinnes aus einer Erwerbstätigkeit, des Gelderlöses.

Wir sehen also, daß Rentabilität und Produktivität in schreiendem Gegensatz stehen können. Unsere heutige Produktivität ist im Verhältnis zur Vorkriegszeit sehr gering, da unsere schlechte Baluta uns nicht erlaubt, die zur Produktion erforderlichen Rohstoffe im Ausland einzukaufen. Andererseits sind sehr viele Unternehmungen entstanden, die von Wertverschiebungen, wie Wertpapier- und Grundstückshandel, leben, worunter hauptsächlich die Bankgeschäfte und die nicht weniger zahlreichen Immobilienhandlungen zu verstehen sind, ungerechnet die gewaltige Anzahl der Baluta- und Aktienspekulanten. Diese Unternehmungen scheinen aber sehr „rentabel" zu sein, wie anders ließe sich erklären, daß sie wie die Pilze aus der Erde schießen. Alle diese Unternehmungen und Privatpersonen schädigen durch ihre tatsächlich unproduktive Tätigkeit das Wohlergehen des Volksganzen, schwächen die Produktion und treiben uns damit der Arbeitslosigkeit und einem völligen Zusammenbruch in die Arme. Mit Riesenschritten nähern wir uns dem Schicksal Deutschösterreichs, und wir wollen alle hoffen, daß es der gesunde Instinkt des Volkes eines Tages für sehr „rentabel" finden wird, diese ganze Verbrechersippschaft an den Galgen zu hängen, und daß unsere deutschen Gewerbetreibenden und Kaufleute endlich einmal die Geschäftsdevise „Rebbach" entfernen und dafür den alten Wahlspruch der Hanseaten anbringen werden, der da lautet: „Des Volkes Wohl, mein eigenes Wohl; des Volkes Ehre, meine eigene Ehre!"

V. P.

Steuerstreik

Auf unseren Aufsatz „Steuerstreik in Dachau" hat uns Herr Bernhard Köhler, Dachau, eine Zuschrift eingesandt, der wir folgendes entnehmen. Der Einsender ist der Anschauung, daß wir das Vorkommnis in Dachau aufgebauscht hätten, und daß die Überschrift des Aufsatzes dem Sachverhalt nicht entspreche, sondern man könnte höchstens von einem Lustbarkeitsstreik sprechen, da Steuerstreik doch nur die Verweigerung von Steuern oder die Nichtablieferung vereinnahmter Steuergelder sei, wie das jüngst in Berlin der Fall gewesen sei. Die Dachauer Vereine hätten aber nur eine Einschränkung steuerpflichtiger Veranstaltungen in Aussicht genommen. Da der Einsender die Dachauer Verhältnisse genau kennt, so teilen wir gerne seine Ansicht über die Sache mit. Im übrigen aber ist der Widerspruch gegen unseren Aufsatz lediglich eine weitere Bestätigung für die Richtigkeit einer neuen Erscheinung auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens. Die ungeheure Steuerlast, deren Ertrag lediglich zur Verzinsung der Reichsschulden verwendet wird, weckt immer häufiger den Gedanken der Selbsthilfe, hier in dieser, dort in jener Form. Aber überall wird es sich zeigen, daß es auf einen Steuerstreik hinausgeht. Wenn z. B. die Stadt Berlin die eingehobenen Steuern nicht an das Reich abführte, sondern für laufende Ausgaben des Gemeindehaushaltes verwandte und verbrauchte, so ist das einfach stillschweigender Steuerstreik. Mit unserem Aufsatz war es uns nicht darum zu tun, in die Dachauer Verhältnisse hineinzureden, sondern wir sahen in der von einem kleinen Gemeinschaftswillen ausgehenden Tatsache, daß man mit den Lustbarkeitssteuern wegen ihrer steten Steigerung nicht mehr recht einverstanden sein wollte, die Anbahnung einer Entwicklung, die man gemeinhin als Steuerstreik bezeichnen kann.

Daß der Gedanke einer Proklamierung heute nicht mehr bedarf, dafür kann man ruhig auch als Beweis anführen, daß in einer Versammlung des „Allgemeinen Gewerbevereins" über Steuerfragen vom gewerblichen Mittelstand aus verlangt wurde, den Steuerstreik durchzuführen.

Fatal!

In Nr. 429 vom 12. September des „Berl. Tagebl." schrieb Chefredakteur Theodor Wolff: „Wie der biblische Schöpfer zwischen die Arbeitstage den Sonntag legte, sollten die Völker verpflichtet sein, nach sechs Tagen voll Zank und Streit, wenigstens am siebenten vor einer solchen Säule auszuruhen." Gleich wird Theodor Wolff vom Rabbi Meyer in Regensburg korrigiert („Deutsche Israelitische Zeitung" Nr. 19 1921), indem er bemerkt: „Sonntag ist wohl ein Druckfehler, es muß richtig ‚Sabbat' heißen." Gut, Rabbi Meyer, sehr gut! Aber haben Sie nicht vor einem Jahr in Ihrer Zeitschrift (Nr. 19, 1920) einen Bericht gebracht, in dem behauptet wurde, das „Berliner Tageblatt" sei kein Judenblatt, Juden hätten darauf gar keinen Einfluß. Ihre Wahrheitsliebe erscheint in ganz eigenartigem, fast möchte man sagen, talmudischen Lichte, denn schon damals mußten Sie wissen, daß Theodor Wolff einer von „Ihre Lait" ist. M.

Münchner Nachrichten

— Gedenktag der ehem. K. B. Schweren Artillerie: 3. Dezember, 7 Uhr abends, Beginn der Begrüßungsfeier im Münchner-Kindl-Keller. 4. Dezember, 8.30 Uhr vormittags, Versammlung der Vereine und Kameraden im Hofe der Türkenkaserne. 9 Uhr: Marsch mit Musik zur Kirche; Katholiken zur Michaelskirche, die Protestanten zur Matthäuskirche in der Sonnenstraße. Für die Hinterbliebenen werden am 28., 29. und 30. d. M. Karten ausgegeben bei Buchleitner, Königinstraße 3/3. 11 Uhr: Trauerakt im Armeemuseum. Nach Beendigung Abmarsch der Vereine nach den Standquartieren; Einnahme des Mittagessens möglichst in den Standquartieren. 7 Uhr abends: Beginn der Abschiedsfeier im Bürgerbräukeller; hierzu sind auch die Angehörigen herzlichst eingeladen. 5. Dezember, 9.30 Uhr vorm.: Führung durch das Residenzmuseum, National- und Deutsche Museum. Das Festzeichen kostet 15 M., berechtigt zur Teilnahme an allen Veranstaltungen und wird zweckmäßig vorausbestellt durch Einsendung des Betrages mittels Zahlkarte an Kamerad Alfred Weber, München, Postscheckkonto 34 279. Quartieranmeldungen an Kamerad Gg. Buchleitner, Königinstraße 3/3.

Edda-Abend. Donnerstag, den 24. November, abends halb 8 Uhr, im Hotel Union.

Die Theatergemeinde München, e. V., teilt mit: Nationaltheater: 24. November, „Die Vögel", Oper, Nr. 60 001—61 100. — Prinzregententheater: 25. November, „Der Kaufmann von Venedig", Nr. 55 601—56 500; 28. November, „Maria Magdalene", Nr. 59 201—60 100; 29. November, „Der Strom", Nr. 52 001—52 200 und 52 701—53 500. — Tonhalle: 29. November, Lieder-Arien-Abend von Georg Schmieter, Nr. 50 001—50 200 und 54 601—55 000.

Energie die einzige Hoffnung zum Hochziel eines freien Deutschland zu sehen. Zu diesen klaren Schlußfolgerungen begrüßen wir den wackeren Pfarrer als unsern Mitkämpfer. Möge er viele Nachfolger finden.

Dr. E. Stern-Rubarth, **Die Propaganda als politisches Instrument.** Trowitzsch & Sohn, Berlin. 12 M.

„**Memoiren der Kaiserin Eugenie**" von Graf Fleury. 2 Bände. F. A. Brockhaus Verlag, Leipzig. 100 M.

Vor einem Jahre starb, 94jährig, die Kaiserin Eugenie. Das vorliegende Werk ist nicht von ihr verfaßt, sie hat, entgegen den Erwartungen, keine selbstverfaßten Erinnerungen hinterlassen. Graf Fleury, ein Langvertrauter und Sohn des Mannes, der mit am energischsten den Umsturz betrieben hatte, der das zweite Kaiserreich gründete, ist es jedoch gelungen, nach privaten Urkunden, Briefen der Kaiserin usw. ein Werk zu schaffen, das den angeführten Titel verdient. Das Leben der hochherzigen Spanierin zieht in seiner ganzen Tragik an uns vorüber, unzählige kleine Züge von ihr, ihrer Umgebung und Detailschilderungen politischer Ereignisse beleben das Ganze. Die Inszenierung des Krimkrieges, die „preußischen Ränke" 1870, die Revolution vom 4. September, die Flucht, all das zeigt uns die Kaiserin in einem menschlich überaus sympathischen Licht. Die Versuche, auch Napoleon III. freundlicher zu schildern, als ihn die Geschichte sieht, werden wohl auf Widerspruch stoßen, sind aber, dank mancher vortrefflichen Charakterisierung der andern handelnden Personen geschichtlich jedenfalls von großem Interesse.

Eine stattliche Anzahl Lichtbilder vervollkommnet die vornehme Ausstattung des neuen Brockhausschen Werkes.

L. Albert, **Die Urbibel der Ariogermanen.** Verlag Otto Treyer, Berlin NW 87.

Eine merkwürdige Schrift! In ruhigerer Zeit würde sie größtes Aufsehen erregen. Stürzt doch ihr Inhalt, wenn ihre Voraussetzungen richtig sind, unsere gesamte jetzige Wissenschaft von germanischer Urzeit über den Haufen. Nachdem das Atlantisproblem sich in nichts aufgelöst hat, würde nunmehr auch die Annahme der arktischen Herkunft der Arier hinfällig werden, aber mit dieser noch vieles andere. Allein die Schicksale der Altarischen „Urbibel" sind schon reichlich mit Romantik durchsetzt, die alte Geschlechterchronik der Aristottan (Skythen) ist so beschaffen, daß sie ohne gelehrtem Kommentar gar nicht verstanden werden kann, und auch mit den Anmerkungen und Erläuterungen Alberts, obwohl diese ein durchaus wissenschaftliches Gepräge zeigen, noch reichlich Stoff zu Zweifeln bietet. Eine auf Tausende von Jahren zurückgehende Geschlechterchronik ist trotz genauer Zeitangaben schon etwas schier Unerhörtes. Diese Chronik, bestehend aus den „Schriften des Colus" und den „Jahrbüchern von Gaelag" entbehrt aber auch fast eines jeden mythischen Gepräges, welches sonst allen alten Schriften eigen ist. Sodann ist darin eine rein vaterrechtliche Geschlechterordnung durchgeführt, welche mit den Tatsachen insbesondere mit dem Vorrecht der Edda nicht übereinstimmt, indem eben in jenen fernen Zeiten kein Vaterrecht wissenschaftlich festzustellen ist. Albert hat überhaupt die ganze Edda, welche uns doch bisher mit Grund als die germanische Urbibel galt, als ein jüngeres Gebilde als seine Urbibel nur in einer Anmerkung so nebenher abgetan. Am nächsten steht den Ansichten Alberts die neuere Theorie von Bischoff. Beide gehen nämlich auf Skythen als die wahren Urgermanen zurück, nur daß Albert die Linie weiter zurückverfolgt und als den Ausgangspunkt der Ariogermanen das Fünfstromland, das Euphrattal, annimmt, und von da sogar noch weiter nach Asien zurückgreift. Jedenfalls eine Rückkehr zum Ausgangspunkt der arischen Urgeschichtsforschung!

Ein abschließendes Urteil läßt sich nach Lage der Sache gegenwärtig noch nicht fällen. Die Gelehrtenkreise werden sich erst mit den angeblichen Findungen allerorts beschäftigen müssen. Hoffentlich ist das Ergebnis nicht so enttäuschend wie bei Ossians „Fingal", jenen keltischen Heldenliedern, welche sich schließlich als frei erfundene Dichtungen erwiesen haben.

H. G. G. Mayer.

K. Bauer, „**Der deutsche Narr**", Deutscher Volksverlag. Dr. E. Boepple, München, Adelheidstr. 30. Preis 12 M.

Ein völkisches Schauspiel voll Geist, Humor, Eleganz, Poesie und Größe. Es ist ein Stück, wie wir Deutsche es brauchen, es rüttelt auf, erhebt und weckt auch wieder den Glauben an die deutsche Zukunft.

G. W. Surya. **Ursprung, Wesen und Erfolge der okkulten Medizin.** Verlag Linser, Berlin-Pankow.

O. Erler. **Amerongen.** Eine Dichtung. Mit einem wirkungsvollen, zweifarbigen Titelbild von A. Paul Weber. Preis 8 M. Verlag E. Matthes, Leipzig, Karlstr. 10.